



**Führungskrise an US-Elite**  
Rücktritte nach antisemitischen Vorfällen  
Politik, Seite 9

**„Kunst kann machen, was sie will“**  
Staatsministerin Claudia Roth im Interview  
Im Gespräch, Seiten 12 und 13



TAGESSPIEGEL

# POTSDAMER

## NEUESTE NACHRICHTEN

Montag, 11.12.2023

72. Jahrgang | Nr. 286

© dpa/Mark Schiefelbein, dpa/Hannes Albert, PNN/Ottmar Winter (2), picture alliance/Zoomar/Kay Augustin, Thomas M. Jauk/HOT



## Der Banksy von Potsdam

So berühmt wie der britische Streetart-Künstler ist XNine, dessen Werke das Stadtbild zieren, noch nicht. Doch auch der Potsdamer verschleiert seine Identität. Aus einem bestimmten Grund  
- Seite B5

### POTSDAM UND BERLIN



**Aufrühr bei den Linken**  
Hans-Jürgen Scharfenberg verlässt die Partei  
Seite B2



**Auffangstation für kranke Igel**  
In Neuzelle werden die Tiere artgerecht gepflegt  
Seite B6

## Landesdienst Tarifabschluss kostet Brandenburg Millionen

Von Monika Wendel, dpa

Die brandenburgische Landesregierung hält die vereinbarten Lohn-erhöhungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder trotz Millionen-Mehrkosten für vertretbar und wichtig. Ministerpräsident Dietmar Woidke und Finanzministerin Katrin Lange (beide SPD) nannten den Tarifabschluss in Zeiten gestiegener Lebenshaltungskosten einen fairen Kompromiss. Er sei sehr wichtig im Wettbewerb um die notwendigen Fachkräfte, hieß es. In Brandenburg bekommen damit mehr als 57.000 Landesbedienstete mehr Geld. Woidke bedankte sich für „das Verantwortungsbewusstsein beider Seiten“.

Die Gewerkschaften und die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) erzielten nach zähen Verhandlungen am Samstag in Potsdam einen Durchbruch: Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder erhalten Sonderzahlungen und eine Lohnerhöhung von 5,5 Prozent. Es hatte zuvor Wochen lang Warnstreiks an Hochschulen, Unikliniken und anderen Länder-Einrichtungen gegeben.

Nach Ministeriumsangaben kommt nach der Einigung für die Tarifbeschäftigten eine Mehrbelastung von rund 81 Millionen Euro auf den Landeshaushalt im Jahr 2024 zu und von 135 Millionen Euro im Jahr 2025. Der Abschluss gilt etwa für Hochschul-Beschäftigte, angestellte Lehrkräfte und Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst der Länder. Auch studentische Beschäftigte profitieren davon.

Zudem wird der Tarifabschluss auf die große Gruppe der Beamten und Pensionäre des Landes übertragen - also unter anderem Polizisten und Lehrer. Somit machen die Mehrkosten insgesamt rund 227 Millionen Euro im kommenden Jahr aus beziehungsweise um die 400 Millionen Euro im Jahr 2025.

**Finanzministerin Lange hält Gehaltsplus für wichtig**  
Finanzministerin Lange sagte: „Natürlich spüren wir in Zeiten einer stagnierenden Konjunktur und einer nach wie vor hohen Inflation mit gestiegenen Kosten auch für das Land solche Ausgaben deutlich. Aber am Ende ist die Einigung ein fairer Kompromiss

zwischen allen Beteiligten und sehr wichtig im Wettbewerb um die besten Köpfe.“ Ein starker Staat müsse auch in Zukunft ausreichend Fachkräfte gewinnen und an sich binden. Das sei in den vergangenen Jahren deutlich schwieriger geworden.

Innenminister und Vize-Ministerpräsident Michael Stübgen (CDU) betonte: „Gerade in schwierigen Zeiten ist der Wert eines Flächentarifvertrags nicht hoch genug einzuschätzen. Damit besteht für alle Beteiligten bis zum Oktober 2025 Planungssicherheit.“

Die vereinbarte Gehaltserhöhung und der Inflationsausgleich sehen folgende Punkte vor: Schnellstmöglich sollen die Beschäftigten 1800 Euro als einmalige Inflationsprämie erhalten, von Januar bis Oktober 2024 dann 120 Euro als monatliche Inflationsprämie. Ab 1. November 2024 steigen die Einkommen der mehr als eine Million Beschäftigten in Deutschland um einen Sockelbetrag von 200 Euro. Ab 1. Februar 2025 kommt darauf eine weitere Entgelterhöhung von 5,5 Prozent. Die Laufzeit beträgt 25 Monate bis Oktober 2025.

## Haushaltskrise Märkische Grüne fordern Rettung von Demokratieprojekten

Demokratie- und Beratungsprojekte gegen Rassismus und Antisemitismus dürfen aus Sicht der Grünen-Fraktionsspitze in Brandenburg nicht der Haushaltskrise zum Opfer fallen. Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) müsse die Finanzierung der Projekte sicherstellen, forderten die Fraktionsvorsitzenden Benjamin Raschke und Petra Budke.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Demokratieentwicklung hatte am Freitag geschrieben, der nicht verabschiedete Haushalt 2024 und die aktuelle Sperrung für künftige Ausgaben bedrohten die über 20 Jahre mühsam aufgebauten Demokratieprojekte in ihrer Existenz. Wenn es nicht bis Weihnachten eine Lösung gebe, müssten Kompetenznetzwerke, Beratungsstellen und Modellprojekte zum Jahreswechsel ihre Arbeit einstellen.

Angesichts eines Erstarkens rechtsextremen Denkens und einer Zunahme antisemitischer Vorfälle seien diese Projekte notwendig, erklärte die Grünen-Fraktionsspitze. „Wir erwarten von Bundesfinanzminister Christian Lindner konkrete Lösungsvorschläge, wie die Träger ihre Projekte in der vorläufigen Haushaltsführung absichern können. Es sollte mindestens ein vorläufiger Maßnahmenbeginn ermöglicht werden.“ (dpa)



**Kluge Fragen statt Antworten**  
„Freie Wahl“ am Hans Otto Theater  
Seite B4

**Streit um Züge nach Golm**  
Bahn widerspricht Petition von Wissenschaftspark  
Potsdam Titel

### Wetter

Berlin	11/4°C	☁
Hamburg	10/5°C	☁
München	12/7°C	☁
Köln	12/6°C	☁
Frankfurt	13/6°C	☁
Stuttgart	13/5°C	☁
Leipzig	11/5°C	☁
Dresden	11/6°C	☁

Montag, 11. Dezember 2023

72. Jahrgang  
Nr. 289



Brandenburg 2,20 €

POTSDAMER  
NEUESTE NACHRICHTEN